

Mindestlohn – eine Geschichte mit Happy End?

Die Debatte über das Für und Wider eines flächendeckenden Mindestlohns wird mit wechselnder Intensität bereits seit vielen Jahren geführt. An den Positionen hat sich dabei lange wenig verändert. Die Kritiker verweisen in erster Linie darauf, dass ein flächendeckender Mindestlohn, der gesetzlich festgelegt wird, die Autonomie der Tarifpartner außer Kraft setze. Branchenspezifische Unterschiede würden außen vor gelassen. Des Weiteren werden Bedenken geäußert, dass ein solcher Mindestlohn Arbeitsplätze vernichte. Die Befürworter dagegen betonen, dass erst ein Mindestlohn menschwürdige Bezahlung garantiere. Stundenlöhne von unter fünf Euro seien nicht hinnehmbar. Ein flächendeckender Mindestlohn würde die geleistete Arbeit wertschätzen und zusätzlich die Zahl der Menschen reduzieren, die trotz zum Teil mehrerer Jobs auf Sozialleistungen angewiesen sind. Zudem gibt es in 20 der 27 EU-Staaten einen Mindestlohn. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung macht außerdem deutlich, dass die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns die Sozialkassen massiv entlasten würde. Diese beiden Fronten stehen sich seit jeher unwiderruflich gegenüber. Zumindest schien es lange Zeit so...

Nur noch eine Frage der Zeit!?

Aktuell scheint Bewegung in die Diskussion zu kommen. Auf Drängen des Arbeitnehmerflügels der CDU haben sich nun auch die Christdemokraten dem Thema angenommen und damit einen radikalen Kurswechsel vollzogen. Die CDU soll sich auf ihrem Bundesparteitag für eine Lohnuntergrenze aussprechen und Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zwei VertreterInnen unterschiedlicher Parteiflügel gebeten, ein gemeinsames Modell zu erarbeiten und dies auch mit Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen abzusprechen. Wir sind gespannt, worauf sich die Partei am Ende festlegt und wie die Auseinandersetzung innerhalb der Koalition verläuft. Grundsätzlich ist es erfreulich, dass nicht nur die Debatte an Fahrt aufnimmt, sondern das Ziel eines gesetzlichen Mindestlohns in greifbare Nähe rückt und womöglich sogar noch in dieser Legislaturperiode erreicht werden kann.

Der KDA setzt sich für einen existenzsichernden Mindestlohn ein!

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt befürwortet die gesetzliche Verankerung eines existenzsichernden Mindestlohns. Um der immer stärker um sich greifenden Entwicklung von „Arm trotz Arbeit“ entgegenzuwirken, müssen die politisch Verantwortlichen endlich diese Minimalabsicherung gegen Dumpinglöhne einrichten.

Die Menschen müssen von ihrer Arbeit leben und an den gesellschaftlichen Errungenschaften und Gestaltungsmöglichkeiten teilhaben können. An diesem Maßstab hat sich auch die Höhe eines Mindestlohnes auszurichten. D. h. Deutschland kann sich nicht an den ärmsten Ländern orientieren, sondern muss den eigenen Reichtum auch für die Menschen in geringentlohnerten Erwerbsbranchen in Betracht ziehen.

Das kommt am Ende allen zugute!

Armut und Reichtum in Bremen – Gemeinsam für eine soziale Stadt

